

Was das Aus für Biogas-Gesetz bedeutet

Ein wichtiger Schritt zur Energieunabhängigkeit Österreichs ist vorerst vertan

WIEN. Im Vorwahlkampf-Getöse löste sich am Donnerstag das neue Erneuerbares-Gas-Gesetz (EGG) im Nationalrat in Luft auf. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde knapp nicht geschafft, weil FPÖ und SPÖ dagegenstimmten. Mit dem EGG sollten Gasversorger verpflichtet werden, fossiles Erdgas schrittweise durch Biogas (Biomethan) zu ersetzen. Biogas wird durch mikrobiologische Prozesse unter Sauerstoffabschluss etwa aus landwirtschaftlichen oder Lebensmittelabfällen gewonnen.

Die Reaktionen auf die Ablehnung des Gesetzes fielen gemischt aus. Für die Energiewende sei das ein „schwarzer Tag“, fand die Umweltorganisation Global 2000. Die Branche der Biogas-Hersteller zeigte sich ebenfalls sehr enttäuscht. „Das Vertrauen der Anlagenbetreiber und Geldgeber in die Politik schwindet“, sagte Norbert Hummel, Obmann des Kompost & Biogas Verbands, im OÖN-Gespräch. Denn zahlreiche Biogasanlagen hängen nun in der Luft. Sie müssen bis Ende 2025 die Verstromung des Biogases aufgrund anderer gesetzlicher Vorgaben einstellen.

Der Plan wäre gewesen, danach das Gas direkt ins Gasnetz einzuspeisen. „Die Hälfte der Anlagen könnte zwei Drittel der Leistung einspeisen“, so Hummel. Doch ohne EGG? „Viele werden die Produktion abstellen“, so der Branchensprecher. Denn der Umbau



Biogas wird unter anderem aus Landwirtschaftsabfällen gewonnen. Foto: OÖN

bestehender Anlagen koste zwischen fünf und zehn Millionen Euro. Und ohne Förderung oder Grüngas-Quote würden bei dem aktuellen Gaspreis keine Energieversorger Biogas in ihr Gasnetz nehmen. Dabei läge das Potenzial heute schon bei zwei Terawattstunden (bei einem Jahresverbrauch Österreichs von gut 80 TWh). Der Plan wäre, 2030 schon knapp zehn Prozent der Gesamtgasmenge zu ersetzen.

Die Arbeiterkammer (AK) hatte Stimmung gegen das EGG gemacht, weil der Vorschlag „zu un-

zumutbaren Kosten“ in Höhe von 160 bis 260 Euro pro Haushalt und Jahr führe. Das treffe für die Letztfassung des Entwurfs aber nicht mehr zu, so die Befürworter. Grundsätzlich sprach sich die AK für das Biogas-Gesetz aus und fordert einen überarbeiteten Vorschlag bis zum Herbst.

Hummel: „Wir sind unter Zeitdruck. Wir brauchen ein EGG bis Ende 2025, damit wir unsere Anlagen nicht abstellen müssen.“ Die Chance, dass diese dann irgendwann wieder hochgefahren würden, hält er für gering.



„Das war schon reines Wahlkampfgetöse im Nationalrat. Aber wir brauchen dringend ein Biogas-Gesetz bis Ende 2025, damit wir die Anlagen nicht abstellen müssen.“

■ Norbert Hummel, Biogas-Obmann

Das Gesetz hätte, so Grüne und ÖVP, auch zu Unabhängigkeit von russischem Gas und höherer Versorgungssicherheit – mit regionaler Wertschöpfung – beigetragen. Bauernbund-Präsident Georg Strasser sagte, die FPÖ habe sich mit dem Nein „für die Abhängigkeit von Erdgas aus Russland und gegen die nachhaltige Nutzung von heimischem Biogas aus Reststoffen“ geoutet. Die Neos stimmten trotz einiger Kritikpunkte dafür, weil der Aufbau einer nationalen Gasproduktion wichtig sei, so Karin Doppelbauer. (uru)

Zölle: Autobauer SAIC aus China will sich wehren

BRÜSEL/SHANGHAI. Die vorläufigen EU-Zusatzzölle auf Elektroautos aus China regen im Reich der Mitte auf. Der dortige Autohersteller SAIC will sich zur Wehr setzen.

SAIC werde „formell eine Anhörung bei der Europäischen Kommission beantragen“, erklärte das Unternehmen am Freitag. Es gehe um die Wahrung seiner „Rechte und Interessen sowie die unserer weltweiten Kunden“. Der Kommission wirft der Autohersteller vor, in ihrer Untersuchung Kompetenzen überschritten und auch Geschäftsgeheimnisse verletzt zu haben, zum Beispiel zur chemischen Zusammensetzung von Batterien.

SAIC hat den Sitz in Shanghai und kooperiert auch mit dem deutschen Hersteller VW. Wie berichtet, gelten seit Freitag folgende Zollsätze: 17,4 Prozent für BYD, 19,9 Prozent für Geely, 37,6 Prozent für SAIC. Die Zölle kommen auf einen bereits bestehenden Zollsatz von zehn Prozent dazu. In Österreich sind die bedeutendsten E-Auto-Marken aus China MG und BYD.



Seit Freitag sind vorläufige EU-Zölle für E-Autos aus China in Kraft. (vowe)

Raiffeisen Oberösterreich

UNTERNEHMER:INNEN AUF DEM WEG NACH OBEN.

WIR MACHT'S MÖGLICH.

Mehr erfahren:

raiffeisen-ooe.at/hoch-hinaus